

Wohn- und Lebensraum in Erfurt sozial für alle!

Forderungen der Grünen Jugend Erfurt zur Kommunalwahl 2014

Beschluss der Mitgliederversammlung vom 23.03.2014

Impressum

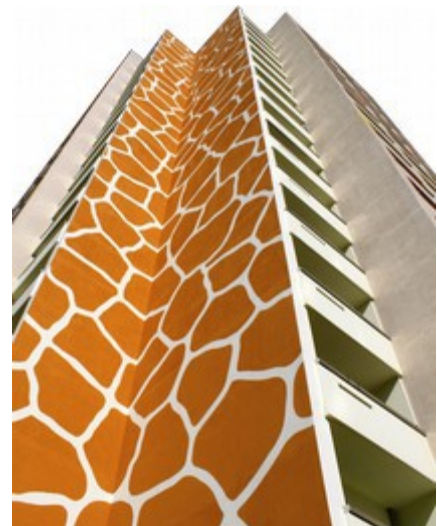
Grüne Jugend Erfurt

Lutherstraße 5

99084 Erfurt

Mail: gj.erfurt@googlemail.com

Web: erfurt.gj-thueringen.de



Wohn- und Lebensraum in Erfurt - sozial für alle!

Die Grüne Jugend Erfurt möchte, dass unsere Landeshauptstadt ein lebens- und liebenswerter Ort mit bezahlbarem Wohnraum für alle Einwohner*innen bleibt. Gerade vor dem Hintergrund von wohnungssuchenden jungen Menschen, Familien und Senior*innen brauchen wir eine auf die zukünftigen Herausforderungen vorbereitete Wohnungspolitik. Dabei sollte ein Fokus auf dem Ziel der sozialen Durchmischung aller Stadtteile liegen, damit die Erfurter*innen von einem starken Miteinander im Wohnquartier profitieren können.

Folgende Maßnahmen möchten wir in der Kommunalpolitik berücksichtigt sehen:

- Bereitstellung von ausreichend preiswertem Wohnraum für Studierende und Auszubildende in Kooperation mit dem Studentenwerk Thüringen, der stadteigenen kommunalen Wohnungsgesellschaft mbH „KoWo“, sowie den örtlichen Genossenschaften und privaten Wohnungsunternehmen
- Bevorzugte Berücksichtigung von wohnungssuchenden Familien mit Kindern bei den über 13.000 städtischen Wohnungen der KoWo
- Verkauf von städtischem Baugrund und Immobilien nicht selbstverständlich an den Höchstbietenden, sondern stärkere Berücksichtigung von individuellen Nutzungskonzepten bei der Bewertung der Angebote
- Altersgerechte Sanierung (Stichwort Barrierefreiheit) eines mindestens zweistelligen Prozentsatzes der zu modernisierenden Wohnungen, damit ältere Menschen, solange sie körperlich dazu in der Lage sind, in ihrem gewohnten Umfeld leben können. Diese Investitionen sind zudem auf lange Sicht gesehen wirtschaftlicher, weil sie der verfrühten Unterbringung in Alten- und Pflegeheimen vorbeugen.
- Bebauungspläne, die eine Stadt mit hoher Lebensqualität auszeichnen: ausreichend Grünflächen, Spielplätze, kulturelle Treffpunkte im öffentlichen Raum, ein ausgewogener Mix aus kleinen und großen Geschäften des täglichen Bedarfs etc.
- Frühzeitige, transparente und leicht zugängliche Beteiligung der Bürger*innen bei der Planung städtebaulicher Projekte des öffentlichen Interesses
- Begrenzung der Mieterhöhung bei Wiedervermietung von Wohnungen auf maximal 10 Prozent über dem ortsüblichen Mietspiegel (Stichwort Mietpreisbremse)

